

Niederschrift

über die Sitzung des Ortsgemeinderates Beuren/Hw. am 13.07.2010, im Kleinen Saal des Bürgerhauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Teilnehmer:

Vorsitzender

Köhl, Manfred

Ortsbürgermeister

Mitglieder

Adams-Philippi, Petra
Barthen, Winfried
Dietz, Herbert
Hemmes, Heinz
Klein, Hans
Konradt, Uwe
Ludwig, Monika
Maßmann, Berthold
Schmitt, Harald
Schu, Andreas
Seimetz, Willi

von der Verwaltung

Hülpes, Michael
Rosar, Kai
Thielen, Birgit

Bürgermeister

Schriftführerin

Es fehlt:

Lauer, Thomas

Ortsbürgermeister Köhl begrüßt die Anwesenden, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende stellt zur Tagesordnung folgenden zusätzlichen Beratungspunkt zur Diskussion und Abstimmung **"Verbesserung und Ausbau des Bürgerhausumfeldes und energetische Teilsanierung des Bürgerhauses - Antrag an den IV-Stock"**. Der beantragte Beratungspunkt wird ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

Es ergibt sich folgende

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHE SITZUNG:

- TOP 1 Informationen des Ortsbürgermeisters
- TOP 2 Rechnungsprüfung und Entlastung für das Haushaltsjahr 2008
- TOP 3 Beratung und Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010
- TOP 4 Beratung und Beschluss über den Anliegerantrag zum
 - a) Schulbusverkehr und
 - b) Winterdienst in den Gemeindestraßen
- TOP 5 Einwohnerfragestunde/Verschiedenes

ÖFFENTLICHE SITZUNG:

TOP 1 Informationen des Ortsbürgermeisters

- a) Das **Pachtverhältnis mit dem Pächter des Bürgerhauses** wurde in beiderseitigem Einvernehmen zum 31.08.2010 aufgehoben. Durch eine Anzeige in RuH wird ein neuer Pächter gesucht.
- b) Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 01.07.2010 auf ein **Urteil des OVG Rheinland-Pfalz vom 01.06.2010 – 2 A 11318/09.OVG** hingewiesen, in dem entschieden wurde, dass den Mitgliedern des Gemeinderates und den Fraktionen gegen den Bürgermeister ein Anspruch auf angemessene Unterrichtung über die Gegenstände anstehender Ratsentscheidungen zusteht.

TOP 2 Rechnungsprüfung und Entlastung für das Haushaltsjahr 2008

Der Ortsbürgermeister und die Beigeordneten nehmen an der Beratung und Abstimmung gem. Ziffer 3 VV zu § 114 GemO nicht teil.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Andreas Schu, trägt das Ergebnis der Rechnungsprüfung vor. Die Prüfung der Jahresrechnung 2008 der Ortsgemeinde Beuren fand am 10.06.2010 statt. Die Prüfung der Jahresrechnung ergab keine Beanstandungen.

RM Klein stellt den Antrag auf Erteilung der Entlastung und es folgt nachstehender

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat stimmt der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses zu und erteilt dem Ortsbürgermeister, seinen Beigeordneten, dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde und dessen Beigeordneten (Wahlperiode bis 30.06.2009) die Entlastung. Das Rechnungsergebnis 2008 wird wie folgt festgesetzt:

Verwaltungshaushalt:

in der Einnahme auf	983.864,82 €
in der Ausgabe auf	1.223.603,91 €
somit Fehlbetrag	239.739,09 €
festgestellt.	

In der Ausgabe sind als Zuführung an den Vermögenshaushalt 61.415,49 € enthalten.

Vermögenshaushalt:

in der Einnahme auf	287.817,49 €
in der Ausgabe auf	287.817,49 €
somit Fehlbetrag	0,00 €
festgestellt.	

In der Ausgabe sind als Zuführung an die Allgemeine Rücklage 170.520,03 € enthalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3 Beratung und Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010

Zu diesem TOP begrüßt Ortsbürgermeister Köhl **Herrn Rosar** von der Verwaltung.

Der Entwurf des Haushaltsplanes und der –satzung 2010 liegt jedem Ratsmitglied vor. Der Vorsitzende trägt die Haushaltssatzung 2010 vor und verweist auf den ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan, die Auszahlungen für Investitionen, den Schuldenstand sowie die umfangreichen Erläuterungen zu den einzelnen Teilhaushalten. Abschließend stellt Ortsbürgermeister Köhl fest, dass eine Verbesserung der Haushaltslage, z. B. durch Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten im Bürgerhaus durch eine energetische Sanierung, und eine Erhöhung der Einnahmen, z. B. durch die Genehmigung zur Aufstellung von Flächenphotovoltaikanlagen oder Windrädern möglich ist. Bei der Planungsgemeinschaft Region Trier sollte im Hinblick auf die Genehmigung zum Aufstellen von Windrädern in der Ortsgemeinde Beuren ein Umdenken erfolgen.

Der Vorsitzende erläutert im Zusammenhang mit Einsparmöglichkeiten den Grund des zusätzlich aufgenommenen TOP "Verbesserung und Ausbau des Bürgerhausumfeldes und energetische Teilsanierung des Bürgerhauses - Antrag an den IV-Stock". Grund seines Antrages ist die Notwendigkeit der Fenstersanierung. Es liegt ein Kostenvoranschlag in Höhe von rd. 40.000,-- € vor. Er schlägt vor, dass dieser Betrag zusammen mit der Bürgerhausumfeldgestaltung mit Abriss des angekauften Wohnhauses in den Haushalt eingestellt wird und ein Antrag auf Mittel aus dem IV-Stock gestellt wird. Mit dem Beschluss des Haushaltes sei diese energetische Maßnahme dann auch beschlossen und deshalb könne der von ihm zuvor beantragte zusätzliche TOP entfallen. Hierzu gab es aus dem Rat keinen Widerspruch.

Herr Rosar erläutert ausführlich die Anmerkungen zum Teilhaushalt 1, in dem alle wesentlichen Aufwendungen sowie die Investitionen aufgeführt sind.

Bürgermeister Hülpes führt aus, dass der Haushalt der Ortsgemeinde Beuren keine „großen Sprünge“ vorsieht. Allerdings bedeuteten der Ausbau des Kindergartens und die Brandschutzmaßnahmen im Bürgerhaus wichtige Fortschritte für die Einrichtungen der Gemeinde. Auch vertritt er die Meinung, dass die Einnahmeseite der Ortsgemeinde verbessert werden sollte. Das finanzielle Argument aus den Einnahmen von Windkraft ist richtig. Jedoch ist der jetzige Raumordnungsplan noch bis zum Jahr 2014 gültig und solange könne die Ortsgemeinde keine Genehmigung für Windkraftanlagen erwarten.

Nach kurzer Beratung folgt nachstehender

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einschließlich der Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. Im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	964.952 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.240.677 €
der Jahresfehlbetrag auf	- 275.725 €

2. im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen auf	817.365 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	913.306 €
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	- 95.941 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	0 €
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	94.820 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	169.574 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	- 74.754 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	255.295 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	84.600 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	170.695 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	1.167.480 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	1.167.480 €
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 €

§ 2 Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 €
verzinsten Kredite auf	74.754 €
zusammen auf	74.754 €

§ 3 Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (**Verpflichtungsermächtigungen**) führen können, wird festgesetzt auf 0 €.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 0 €.

§ 4 Steuersätze

Die **Steuersätze** für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	320 v. H.
Grundsteuer B	320 v. H.
Gewerbesteuer	350 v. H.

Die **Hundesteuer** beträgt für Hunde, die innerhalb des Gemeindegebietes gehalten werden

für den ersten Hund	42 €
für den zweiten Hund	84 €
für jeden weiteren Hund	126 €
für den ersten Kampfhund	612 €
für jeden weiteren Kampfhund	780 €

§ 5 Eigenkapital

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 liegt noch nicht vor.

§ 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO liegen vor, wenn im Einzelfall 2.000 € überschritten sind.

§ 7 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 2.500 € sind einzeln darzustellen.

§ 8 Altersteilzeit

- Entfällt -

§ 9 Weitere Bestimmungen

Die Entscheidung über den Zeitpunkt der Kreditaufnahme sowie über den Darlehensgeber trifft die Verbandsgemeindeverwaltung. Eines besonderen Ratsbeschlusses bedarf es nicht.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 4 Beratung und Beschluss über den Anliegerantrag zum
a) Schulbusverkehr und
b) Winterdienst in den Gemeindestraßen

Ortsbürgermeister Köhl verweist auf die Informationen in der nichtöffentlichen Sitzung vom 01.06.2010 und erläutert den vorliegenden Antrag der Anlieger der „Bergstraße“ zum Schulbusverkehr und zum Winterdienst in den Gemeindestraßen. Die Antragsteller fordern, dass durch die Gemeinde die Bergstraße von Schnee geräumt wird.

Hinsichtlich des Schulbusverkehrs hat der Vorsitzende der Kreisverwaltung Trier-Saarburg als zuständige Stelle eine Kopie des Anliegerantrages zugeleitet.

Der Winterdienst ist nach Meinung des Vorsitzenden in der Satzung über die Reinigung von Straßen vom 06.02.1976 ausreichend geregelt. In der Vergangenheit hat die Ortsgemeinde bereits freiwillig mehr Winterdienst geleistet, als sie verpflichtet ist. Weiterhin ist die Situation im Bereich des Neubaugebietes im Winter nicht schwieriger als in vielen anderen Bereichen der beiden Ortsteile.

Nach ausführlicher Beratung erfolgt auf Vorschlag von Ortsbürgermeister Köhl folgender

Beschluss:

- a) Alle Anlieger der Bergstraße (nicht nur die, die die Eingabe unterschrieben haben) werden in einem gesonderten Schreiben der Gemeinde auf die Regelungen des Winterdienstes hingewiesen und in dem Zusammenhang an eigene Verpflichtungen erinnert, die sich aus den gesetzlichen Regelungen einschließlich der einschlägigen Rechtsprechung und Kommentierung sowie aus der Satzung der Gemeinde ergeben, erinnert. Das Ergebnis der Beratung im Gemeinderat wird mitgeteilt.
- b) Alle Anlieger der beiden Ortsteile werden im Rahmen einer öffentlichen Bekanntmachung in RuH auf die geltenden Regelungen des Winterdienstes hingewiesen.
- c) Zum Schülertransport wird auf die Zuständigkeit des Kreises verwiesen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

TOP 5 Einwohnerfragestunde/Verschiedenes

Hierzu gibt es keine Wortmeldung.

Gesehen:

Ortsbürgermeister

Bürgermeister

Schritfführerin